

II - 4467 der Beiträge zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 12397.1

1986-07-07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Neisser

und Kollegen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Mitwirkung des ÖGB bei der Technologiefolgenabschätzung

Der rasche technologische Fortschritt hat in den letzten Jahren zunehmend Interesse und Bedarf an Fragen der Konsequenzen für die Arbeitswelt und für gesellschaftspolitische Fragen geweckt. Die Probleme der Technologiefolgenabschätzung werden daher in den meisten Staaten als wichtige Probleme betrachtet und dementsprechend wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch erforscht. Für die Entscheidungsgrundlagen der Politik wird es zunehmend von Bedeutung, relevante Forschungsergebnisse über die Konsequenzen des technischen und technologischen Fortschritts zur Verfügung zu haben.

In Österreich gibt es seit einigen Jahren ein diesbezügliches Forschungsinstitut bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

In der Fragestunde der 150. Sitzung des Nationalrates am 26.6.1986 wurde der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zu dem Thema der Technologiefolgenabschätzung durch den erstunterzeichneten Abgeordneten befragt. Im Rahmen einer Zusatzfrage des sozialistischen Abgeordneten Dr. Seel führte der Bundesminister aus, daß er sich im Zusammenhang mit der Technologiefolgenabschätzung besonders um eine Kommunikation zwischen Gewerkschaft und Universitäten

-2-

bemüht hat. Nach außen hin sei dies durch einen Besuch des Ressortsministers mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und dem Vorsitzenden der Rektorenkonferenz beim ÖGB sichtbar geworden. Als Ergebnis dieses Besuches sei die Bereitschaft des ÖGB entstanden "bestimmte Forschungsaufträge zu finanzieren". In weiterer Folge führte der befragte Ressortminister aus, daß die Gewerkschaft und auch die Arbeiterkammer bereit seien, Persönlichkeiten entsprechender Qualifikation zu nennen, die in der Lage sind, Lehraufträge zu übernehmen.

Schließlich meinte Bundesminister Dr. Fischer, daß man ähnlich wie bei Patenschaften über Verbände des Bundesheeres daran denken könne, auch eine Patenschaft über ein Institut der Technischen Universität oder eine Fakultät zu übernehmen.

Diese Antworten des Bundesministers geben zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen Anlaß. Zweifellos ist die Frage der Technologiefolgenabschätzung eine Frage, die in den legitimen Interessensbereich von Arbeitnehmerverbänden fällt. Ebenso ist sie jedoch auch für die Arbeitgeberverbände relevant, da die Unternehmer in der Anwendung neuer Technologien im betrieblichen Bereich ein besonderes Maß an Verantwortung tragen und daher in einem solchen Kommunikationsprozeß, wie er oben dargestellt wurde, miteinbezogen werden müßten.

Darüber hinaus wäre es eine bedenkliche Einseitigkeit, lediglich Arbeitnehmerverbände heranzuziehen, um etwa entsprechende Lehraufträge besetzen zu können. Schließlich erscheint es aus grundsätzlichen Überlegungen problematisch, Patenschaften von Verbänden über universitäre Einrichtungen als generelle Strategie zu empfehlen.

-3-

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, daß zweifellos alle Verbände, vor allem die in der Sozialpartnerschaft integrierten, ein berechtigtes Interesse haben müssen, auch ihre Vorstellungen über die universitäre Ausbildung entwickeln zu können und entsprechende Unterstützungen für die Universitäten zu vermitteln. Abzulehnen ist jedoch eine unmittelbare Einflußmöglichkeit auf das universitäre Geschehen, da die Autonomie der Universitäten bewußte Freiräume braucht und damit auch Unabhängigkeiten von den Strukturen des politischen Systems.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, daß eine einseitige Einbeziehung des Arbeitnehmerbereiches in den komplexen Problembereich der Technologiefolgenabschätzung weder sachadäquat noch politisch akzeptabel ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

**A n f r a g e :**

- 1) **Welche Forschungsprojekte wurden von dem Institut für Technologiefolgenabschätzung bereits abgeschlossen?**
  
- 2) **Was werden Sie in Zukunft unternehmen, um auch Arbeitgebervertretungen in den Kommunikationsprozeß über die Technologiefolgenabschätzung miteinzubeziehen?**

-4-

- 3) Halten Sie es für vereinbar mit dem Grundsatz der Autonomie, daß Sie den Rektoren der österreichischen Hochschulen für Fragen der Technologiefolgenabschätzung Lektoren des ÖGB und der Arbeiterkammer schriftlich empfehlen?
- 4) Aus welchem Grunde halten Sie es für zweckmäßig, daß Fachgewerkschaften des ÖGB die Patenschaft über Universitätsinstitute oder Fakultäten übernehmen?
- 5) An welche Institute oder Fakultäten ist in diesem Zusammenhang gedacht?
- 6) Welche Forschungsaufträge wurden vom ÖGB finanziert?
- 7) Was werden Sie in Zukunft tun, damit die Ergebnisse der Forschung über die Technologiefolgenabschätzung auch in den Bereich der politischen Entscheidungsträger (Regierung, Parlament) einbezogen werden können?